

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungen	19
Literatur	25
1 Struktur, Trägerschaft und Zuständigkeiten von Betreuungsbehörden	
1.1 Allgemeines	29
1.2 Behördenträgerschaft	30
1.3 Sachliche Zuständigkeit	34
1.4 Überörtliche Betreuungsbehörden	36
1.5 Örtliche Zuständigkeit	40
1.5.1 Gewöhnlicher Aufenthalt	40
1.5.2 Ersatzweise Zuständigkeit	41
1.5.3 Veränderungen der Zuständigkeit	42
1.5.4 Sonstige Zuständigkeiten	42
1.5.5 Örtliche Zuständigkeit als Stammbehörde	43
2 Aufgaben im Vor- und Umfeld von Betreuungen	
2.1 Allgemeines	48
2.2 Beratung im Vorfeld eines Betreuungsverfahrens/Vermittlung anderer Hilfen	50
2.3 Erweiterte Unterstützung	53
2.4 Anregung und Förderung von freien Organisationen	57
2.4.1 Finanzielle Förderung von Betreuungsvereinen durch Kommunen und Länder	58
2.4.1.1 Förderung durch die Kommunen	60
2.4.1.2 Förderung der Länder	63
2.4.1.3 Übersicht über anerkannte und geförderte Betreuungsvereine	64
2.4.2 Rechtsprechung zur Förderung der Betreuungsvereine	66
2.4.3 Kritik an der bisherigen Förderung der Betreuungsvereine	67
2.5 Gewinnung von Einzelpersonen	70
2.5.1 Gewinnung ehrenamtlicher Einzelbetreuer	70
2.5.1.1 Vorbemerkungen	70
2.5.1.2 Anforderungen an die Eignung ehrenamtlicher Betreuer	72
2.5.1.3 Vorlage eines Führungszeugnisses und Auszug aus dem Schuldenerverzeichnis	72
2.5.1.4 Abschluss einer Vereinbarung über Begleitung und Unterstützung	73
2.5.1.5 Strategien zur Gewinnung ehrenamtlicher Betreuer	75
2.5.2 Gewinnung von selbstständigen Berufsbetreuern	76
2.6 Anregung und Förderung der Aufklärung zu Vollmachten und Betreuungsverfügungen	79

2.7	Unterschriftsbeglaubigung nach § 7 BtOG	82
2.7.1	Vorbemerkung	82
2.7.1.1	Intention des Gesetzgebers	83
2.7.1.2	Wirkung der Beglaubigung auf transmortale Vollmachten	85
2.7.2	Bestellung von Urkundspersonen	86
2.7.2.1	Stellung der Urkundsperson	88
2.7.2.2	Geeignetheit der Urkundsperson	88
2.7.3	Örtliche Zuständigkeit	89
2.7.4	Welche Dokumente darf die Urkundsperson beglaubigen?	90
2.7.4.1	Vorsorgevollmacht	91
2.7.4.1.1	Gegenstand	91
2.7.4.1.2	Abgrenzung von allgemeinen Vollmachten	91
2.7.4.2	Betreuungsverfügung	93
2.7.4.3	Patientenverfügung	94
2.7.5	Anwendung des Beurkundungsgesetzes	95
2.7.6	Form der Dokumente	95
2.7.7	Bedeutung der Unterschriftsbeglaubigung – öffentliche oder amtliche Beglaubigung	96
2.7.7.1	Vorbemerkungen	96
2.7.7.2	Schriftform	96
2.7.7.3	Öffentliche Beglaubigung	97
2.7.7.4	Notarielle Beurkundung	97
2.7.7.5	Grundstücksgeschäfte und Insichgeschäfte	98
2.7.8	Konkretes Vorgehen bei der Beglaubigung	100
2.7.8.1	Anforderungen an den Unterschriftsgeber	100
2.7.8.2	Anforderungen an das Dokument	100
2.7.8.3	Anforderungen an die Unterschrift	101
2.7.8.4	Anforderungen an das Handzeichen	102
2.7.8.5	Vollzug oder Anerkennung	102
2.7.8.6	Prüfungspflichten der Urkundsperson	103
2.7.8.7	Beglaubigungsvermerk	105
2.7.9	Ausschließungsgründe	105
2.7.10	Verletzung von Formvorschriften	106
2.7.11	Kosten der Beglaubigung	106
2.7.12	Hinweis auf das Vorsorgeregister	108
2.7.13	Rechtsmittel	109
2.7.14	Haftung und Strafbarkeit	110
2.8	Aufgaben der Betreuungsbehörde nach Landesrecht	110
2.8.1	Weitere Aufgaben nach Landesrecht	111
2.8.2	Örtliche Arbeitsgemeinschaften	111
2.8.2.1	Aufgaben einer Betreuungsarbeitsgemeinschaft	112

2.9 Anerkennung von Betreuungsvereinen	113
2.9.1 Allgemeines	113
2.9.2 Anerkennungsbehörde	114
2.9.3 Voraussetzungen für die Anerkennung	115
2.9.4 Empfehlungen zur Anerkennung von Betreuungsvereinen nach § 14 BtOG der BAGüS	116
2.9.5 Zusätzliche Anforderungen im Landesrecht	117
2.9.6 Anerkennungsverfahren	121
2.9.6.1 Anerkennungsbescheid, Ablehnungsbescheid	121
2.9.6.2 Rechtsmittel	122
2.9.6.3 Anerkennung mit Auflagen	122
2.9.6.4 Widerruf der Anerkennung	123
2.9.6.5 Rechtsfolgen der Anerkennung und des Widerrufs	123
2.9.6.6 Übergangsbestimmungen	125
2.10 Beratung und Unterstützung von Betreuern und Bevollmächtigten	125
2.10.1 Allgemeines	125
2.10.2 Beratung und Unterstützung von Betreuern	127
2.10.2.1 Mögliche Beratungsfragen und Beratungskomplexe	128
2.10.2.2 Vermittlung von Sozialdiensten	130
2.10.2.3 Hilfestellung beim Beantragen von Sozialleistungen	130
2.10.2.4 Hilfestellung beim Durchsetzen zivilrechtlicher Ansprüche	131
2.10.2.5 Hilfestellung bei den Pflichten des Betreuers gegenüber dem Betreuungsgericht	132
2.10.2.6 Unterstützung bei der Geltendmachung von Aufwandsentschädigung und Vergütung (§§ 1875 bis 1880 BGB, VBVG)	132
2.10.3 Beratung und Unterstützung von Bevollmächtigten	133
2.10.4 Haftung für Beratungsfehler	134
2.11 Einführung und Fortbildung von Betreuern und Bevollmächtigten	135
2.11.1 Inhalte zur Einführung und Fortbildung ehrenamtlicher Betreuer	138
2.11.1.1 Allgemeines	138
2.11.1.2 Hessisches Curriculum zur Schulung ehrenamtlicher Betreuer	140
2.11.2 Inhalte zur Einführung und Fortbildung von Bevollmächtigten	141
2.11.3 Kosten der Fortbildungsmaßnahmen	142
2.12 Beratung von Berufsheimnisträgern bei Gefährdung von Betreuten	142
3 Betreuungsggerichtshilfe	
3.1 Mitteilungen an das Betreuungsgericht und die Stammbehörde	145
3.1.1 Übermittlung von Sachverhalten an das Betreuungsgericht	145
3.1.1.1 Erhebliche Gefahr für das Wohl des Betroffenen	147
3.1.1.2 Keine Mitteilungsbefugnis im Drittinteresse	147
3.1.1.3 Geeignete Maßnahme des Betreuungsgerichts	147

3.1.2	Folgen einer unterlassenen Mitteilung	148
3.1.3	Form und Inhalt der Mitteilungen	149
3.2	Mitteilung an Betreuungsgericht und Stammbehörde bei Eignungsmängeln von Betreuern	149
3.3	Allgemeine Unterstützungspflicht gegenüber dem Betreuungsgericht	151
3.3.1	Sozialbericht durch die Betreuungsbehörde	153
3.3.2	Zweck und Inhalt des Berichts	154
3.3.2.1	Vorbemerkungen	154
3.3.2.2	Inhalte des Sozialberichts	156
3.3.3	Form des Berichts	161
3.3.4	Verhältnis Sozialbericht – Sachverständigengutachten	162
3.3.5	Methodisches Vorgehen bei der Stellungnahme	163
3.4	Benennung geeigneter Betreuer und Verfahrenspfleger	165
3.4.1	Benennung geeigneter Betreuer	166
3.4.1.1	Mindestanforderungen an ehrenamtliche Betreuer	169
3.4.1.1.1	Legaldefinition ehrenamtlicher Betreuer	169
3.4.1.1.2	Persönliche Voraussetzungen, fachliche Eignung und Kompetenzen	169
3.4.1.1.3	Vorlage eines Führungszeugnisses	171
3.4.1.1.4	Vorlage eines Auszugs aus dem Schuldnerverzeichnis	172
3.4.1.1.5	Abschluss einer Vereinbarung über Begleitung und Unterstützung	172
3.4.1.1.6	Weitere Anforderungen	174
3.4.1.2	Benennung von Berufsbetreuern	175
3.4.1.2.1	Anforderungen an Berufsbetreuer	175
3.4.1.2.2	Anforderungen und Ausbildungsprofil von Berufsbetreuern	176
3.4.2	Benennung geeigneter Verfahrenspfleger	178
3.4.3	Mitteilung des Gesamtumfangs der Betreuertätigkeit und der Organisationsstruktur	179
3.5	Erweiterte Unterstützung während eines Betreuungsverfahrens und Modellprojekte	180
3.6	Weitere Äußerungsmöglichkeiten gegenüber dem Betreuungsgericht	182
3.6.1	Anhörung der Betreuungsbehörde im Betreuungs- und Unterbringungsverfahren	182
3.6.2	Förmliche Beteiligung der Behörde an Betreuungs- und Unterbringungsverfahren	185
3.6.3	Beschwerderecht der Betreuungsbehörde	186
3.6.3.1	Allgemeines zum Beschwerderecht	186
3.6.3.2	Besondere Beschwerdebefugnis der Behörde	187
3.6.4	Entgegennahme von Entscheidungen des Betreuungsgerichts	190
3.7	Delegation von behördlichen Aufgaben	192
3.8	Vollzugshilfe	194
3.8.1	Anwendung von Gewalt	197
3.8.2	Kosten der Vollzugshilfe	200

3.8.3	Maßnahmen der Betreuungsbehörde bei Vorführungen/Zuführungen	202
3.8.4	Vorführung/Zuführung bei Bevollmächtigung	203
3.8.5	Zwangsbehandlung und Mitwirkung der Behörde	204
3.8.6	Checkliste für Betreuungsbehörden bei Vor- und Zuführungen	205

4 Behördentätigkeit als Betreuer

4.1	Statistische Grundlagen und Zukunftsaussichten	210
4.1.1	Derzeitige Sachlage	210
4.1.2	Zukunftserwartungen	210
4.1.3	Bestellung von behördlichen Betreuern	212
4.2	Übernahme von Betreuungen durch Mitarbeiter der Betreuungsbehörde (§ 1819 Abs. 3 BGB), „Behördenbetreuer“	213
4.2.1	Zulässigkeit der Bestellung eines Behördenbetreuers	213
4.2.1.1	Berücksichtigung der Wünsche des Betroffenen	213
4.2.1.2	Berücksichtigung verwandtschaftlicher und persönlicher Bindungen des Betroffenen (§ 1816 Abs. 3 BGB)	214
4.2.1.3	Vorrang unentgeltlicher Betreuungsführung	214
4.2.1.4	Bestellung beruflicher Betreuer	214
4.2.1.5	Erklärung der Übernahmebereitschaft	216
4.2.2	Rechtsstellung des Behördenbetreuers	217
4.2.2.1	Behördenprivileg	217
4.2.2.2	Dienst- und Fachaufsicht	218
4.2.2.3	Amtshaftung	218
4.2.2.4	Persönliche Haftung des Behördenbetreuers oder Amtshaftung?	219
4.2.2.5	Haftung auch nach § 1826 Abs. 1 BGB?	221
4.2.2.6	Vertretungsregelungen	222
4.2.2.7	Mitteilung bei der Möglichkeit ehrenamtlicher Betreuungsführung	223
4.3	Übernahme von Betreuungen durch die Behörde gem. § 1818 Abs. 4 BGB	223
4.3.1	Übertragung der Betreuung auf einen Beauftragten („Realbetreuer“)	225
4.3.2	Auswahl anderer Mitarbeiter auf Anweisung des Betreuungsgerichtes	225
4.3.3	Mitteilung an Betreuungsgericht, wenn Ablösung durch Einzelbetreuer möglich wird	226
4.3.4	Rechtsstellung des Beauftragten	226
4.3.5	Amtshaftung bei der Betreuung gem. § 1818 Abs. 4 BGB	227
4.4	Grundzüge der Betreuungstätigkeit durch die Behörde	227
4.4.1	Aufgabenkreis des Betreuers	228
4.4.2	Persönliche Betreuung	232
4.4.3	Zielgruppenspezifische Aufgabenwahrnehmung	232
4.4.4	Wünsche des Betreuten und ihre Grenzen	233
4.4.4.1	Begriff	233
4.4.4.2	Betreuungsverfügung	234

4.4.5	Gesetzliche Vertretung	234
4.4.6	Einwilligungsvorbehalt	237
4.4.7	Betreuungstätigkeit im Bereich der Personenangelegenheiten	239
4.4.7.1	Gesundheitsfürsorge	239
4.4.7.2	Sterilisation	242
4.4.7.3	Unterbringung	243
4.4.7.3.1	Freiheitsentziehende Unterbringung	243
4.4.7.3.2	Unterbringungsähnliche Maßnahmen (§ 1831 Abs. 4 BGB)	245
4.4.7.4	Wohnungsangelegenheiten	246
4.4.7.5	Post- und Telekommunikationsverkehr	247
4.4.7.6	Sonstige Aufgaben in Personenangelegenheiten	248
4.4.8	Aufgaben im Bereich der Vermögenssorge	250
4.4.8.1	Geldanlage	251
4.4.8.2	Anlageformen	251
4.4.8.3	Verfügung über Geldanlagen	252
4.4.8.4	Bestattungs- und Grabpflegeverträge	252
4.4.8.5	Schenkungen	253
4.4.8.6	Vermögensverzeichnis	253
4.4.8.6.1	Ermittlung von Vermögenswerten	253
4.4.8.6.2	Umfang des Vermögensverzeichnisses	254
4.4.8.7	Die Rechnungslegung	255
4.5	Betreuungsgerichtliche Genehmigungsvorbehalte	256
4.5.1	Ausnahmebestimmungen für Behörden	257
4.5.2	Zusätzliche landesrechtliche Befreiungen bei Behördenbetreuungen nach § 1818 Abs. 4 BGB	258
4.6	Die Haftung des Betreuers	258
4.6.1	Haftung gegenüber dem Betreuten aus § 1826 BGB	258
4.6.2	Verschuldensmaßstab	259
4.6.3	Pflichtverletzung	260
4.6.4	Auswirkungen des Willensvorbehalts des Betreuten aus § 1821 Abs. 2 BGB	260
4.6.5	Arten der Pflichtverletzung	261
4.6.5.1	Prozessführung	261
4.6.5.2	Sozialleistungen und Unterhalt	262
4.6.5.3	Allgemeine Vermögenssorge	262
4.6.5.4	Wohnraum	263
4.6.5.5	Rechtsgeschäftliches Handeln	263
4.6.5.6	Haftung als Vertreter ohne Vertretungsmacht	265
4.6.5.7	Haftung wegen Verschuldens beim Vertragsabschluss	265
4.6.6	Schadenstragung	266

4.7 Ansprüche der Behörde gegen den Betreuten	266
4.7.1 Aufwendungsersatz	266
4.7.1.1 Grundsatz	266
4.7.1.2 Abrechenbare Aufwendungen	267
4.7.1.3 Verfahren	267
4.7.2 Vergütung	268
4.7.2.1 Grundlagen	268
4.7.2.2 Höhe der Vergütung	269
4.7.3 Mittel- und Vermögenslosigkeit	269
4.8 Beendigung der Betreuung	270
4.8.1 Wegfall der Voraussetzungen (§ 1870 BGB)	270
4.8.2 Betreuungsaufhebung	270
4.8.2.1 Auf Antrag des Betreuten, wenn Betreuung auf eigenen Antrag hin erfolgte	270
4.8.2.2 Betreuungsaufhebung, wenn Betreuungsvoraussetzungen wegfallen	270
4.8.3 Betreuerwechsel	271
4.8.3.1 Bestellung eines Einzelbetreuers	271
4.8.3.2 Bestellung des bisherigen Behördenbetreuers zum Einzelbetreuer	271
4.8.3.3 Betreuerwechsel auf Antrag des Betreuers, wenn Unzumutbarkeit vorliegt	271
4.8.3.4 Betreuerwechsel bei fehlender Eignung des Betreuers für die Betreuertätigkeit	272
4.8.3.5 Betreuerentlassung wegen Ausscheidens als Behördenbediensteter	272
4.8.4 Weitere Beendigungsgründe	273
4.8.5 Wechsel der örtlichen Zuständigkeit	274
4.8.6 Abschließende Pflichten	274
4.8.6.1 Schlussbericht und Schlussrechnungslegung gegenüber dem Gericht	274
4.8.6.2 Vermögensherausgabe und Rechenschaft gegenüber Betreuten, Erben bzw. Nachfolgebetreuer	275
4.8.6.4 Notgeschäftsführung	275
4.9 Übernahme von Verfahrenspflegschaften	276
4.9.1 Pflichten des Verfahrenspflegers	277
4.9.2 Rechte des Verfahrenspflegers	278
4.9.3 Behörde als Verfahrenspfleger	278
5 Die Registrierung von beruflichen Betreuern durch die Stammbehörde	
5.1 Allgemeines	283
5.1.1 Rechtsgrundlagen der Registrierung	284
5.1.2 Rechtscharakter der Aufgabe	286

5.2 Grundsätzliche Fragen des Verwaltungsrechts	286
5.2.1 Verwaltungsakt	286
5.2.2 Begünstigender und belastender Verwaltungsakt	287
5.2.3 Feststellender Verwaltungsakt	288
5.2.4 Anhörung von Beteiligten	288
5.2.5 Ermessen bei der Registrierung?	289
5.2.6 Bestimmtheit des Verwaltungsaktes	289
5.2.7 Form des Verwaltungsaktes	289
5.2.8 Begründung des Verwaltungsaktes	290
5.2.9 Bekanntgabe des VA	291
5.2.10 Bestandskraft (Unanfechtbarkeit) des VA	291
5.2.11 Rechtmäßigkeit	292
5.2.12 Rechtswidrigkeit	292
5.2.13 Nebenbestimmungen	292
5.3 Die Registrierungs Voraussetzungen auf Seiten des Betreuers	293
5.3.1 Allgemeine Voraussetzungen	293
5.3.1.1 Geschäftsfähigkeit	293
5.3.1.2 Staatsangehörigkeit	293
5.3.1.3 Aktives Beamtenverhältnis	293
5.3.1.4 Selbstständigkeit, Vereinsbeschäftigung	294
5.3.2 Eignung	294
5.3.2.1 Gesundheitliche Eignung	295
5.3.2.2 Charakterliche Eignung	295
5.3.3 Zuverlässigkeit	296
5.3.4 Führungszeugnis	296
5.3.5 Schuldnerauskunft	298
5.3.6 Weitere Erklärungen beim Registrierungsantrag	298
5.3.7 Übersicht der geführten Betreuungen, organisatorische Erklärungen	300
5.3.8 Haftpflichtversicherungsschutz	302
5.3.9 Sachkundenachweis	303
5.4 Das Registrierungsverfahren der Behörde	304
5.4.1 Die gesetzliche vorläufige Registrierung von Bestandsbetreuern	304
5.4.2 Antrag	305
5.4.2.1 Form des Antrags	305
5.4.2.2 Fristen für den Antrag	307
5.4.3 Allgemeiner Antragsinhalt	308
5.4.4 Beizufügende Unterlagen	308
5.5 Prüfung der Antragsvoraussetzungen	309
5.5.1 Ausschlussgründe	310
5.5.1.1 Berufsverbot	310

5.5.1.2	Verbrechen	310
5.5.1.3	Vergehen	311
5.5.1.4	Widerrufene Registrierung	313
5.5.1.5	Ungeordnete Vermögensverhältnisse	314
5.5.1.6	Insolvenzverfahren	314
5.5.1.7	Eintragung Schuldnerverzeichnis	315
5.5.2	Maßgeblichkeit der vorgenannten Sachverhalte für Unzuverlässigkeit	316
5.5.3	Sonstige Anzeichen für Unzuverlässigkeit	316
5.6	Sachkundeerfordernis	316
5.6.1	Curriculum	317
5.7	Möglichkeiten des Sachkundeerwerbs	321
5.7.1	Studium	321
5.7.2	Sachkundelehrgang	321
5.7.3	Sonstige Fortbildungen	323
5.7.4	Anerkennung von Berufstätigkeit	325
5.7.5	Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit	327
5.7.6	Feststellungsbescheid nach § 7 Abs. 4 BtRegV	327
5.7.7	Anerkennung nach § 9 BtRegV	328
5.8	Verzicht auf Sachkundeerfordernis	328
5.8.1	Bestandsbetreuer über drei Jahre	329
5.8.2	Dauer der Vortätigkeit – Sonderfälle	329
5.8.3	Volljuristen	330
5.8.4	Sozialarbeiter, Sozialpädagogen	330
5.9	Vorabprüfung der Sachkundeerkennung	331
5.9.1	Auskunft durch überörtliche Stelle	332
5.9.2	Rechtsnatur der Zusicherung nach § 7 Abs. 4 BtRegV	332
5.10	Eignungsgespräch	332
5.10.1	Teilnehmer	332
5.10.2	Inhalte	333
5.10.3	Protokollierung	334
5.10.4	Verzicht bei Bestandsbetreuern – Ausnahmen	334
5.10.5	Abgrenzung zur Anhörung nach § 28 VwVfG	335
5.10.6	Nachweis des Haftpflichtversicherungsschutzes	335
5.11	Bescheiderteilung	336
5.11.1	Registrierungsbescheid	337
5.11.2	Formen, Fristen	337
5.11.3	Bekanntgabe	338
5.11.4	Sonderregelung bei Vereinsbetreuern	338
5.11.5	Befristete Registrierung bei Neubetreuern	339
5.11.6	Auswirkungen der Registrierung	341

5.12 Ablehnungsbescheid	342
5.12.1 Anhörung vor Ablehnung, Akteneinsicht	343
5.12.2 Begründung	343
5.12.3 Rechtsbehelfsbelehrung (Widerspruch oder Klage)	344
5.12.4 Widerspruchsverfahren, Ausschluss durch Landesrecht	345
5.12.5 Rechtsmittelfrist, Rechtswirkungen	345
5.12.6 Anordnung der sofortigen Wirksamkeit	347
5.12.7 Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	349
5.12.7.1 Wiederherstellung durch die Behörde	349
5.12.7.2 Wiederherstellung durch das Verwaltungsgericht	349
5.13 Widerspruchsbescheid, Abhilfebescheid	350
5.14 Klageverfahren	350
5.14.1 Klageformen	350
5.14.1.1 Anfechtungsklage	350
5.14.1.2 Verpflichtungsklage	351
5.14.1.3 Feststellungsklage	352
5.14.1.4 Untätigkeitsklage	352
5.14.2 Vertretung der Stammbehörde im Verfahren	353
5.14.3 Gerichtsentscheidung	353
5.14.4 Rechtsmittel (Berufung, Revision)	354
5.14.5 Verfahrenskosten	355
5.15 Pflichten nach Registrierung	355
5.15.1 Mitteilungspflichten allgemein	355
5.15.2 Entscheidungserhebliche Tatsachen	356
5.15.3 Veränderte Fallzahlen	356
5.15.4 Organisatorische Änderungen	358
5.15.5 Wechsel des Sitzes oder Wohnsitzes	359
5.15.6 Neues Führungszeugnis, Schuldnerauskunft	359
5.15.7 Verbindliche Vergütungseinstufung (§ 8 Abs. 3 VBG)	360
5.15.8 Teilnahme an Fortbildungen, § 29 BtOG	361
5.15.9 Verletzung der Mitteilungspflichten	361
5.16 Datenverarbeitung im Bereich der Registrierung	361
5.16.1 Datenerhebung und -speicherung	361
5.16.2 Datenübermittlung von der Stammbehörde an andere Betreuungsbehörde	363
5.16.3 Datenübermittlung von der Stammbehörde an Betreuungsgerichte	364
5.16.4 Datenübermittlung von anderen Betreuungsbehörden und Betreuungsgerichten an die Stammbehörde	365
5.16.5 Datenübermittlung von der Stammbehörde an andere Stellen	367
5.16.6 Datenübermittlung von der Stammbehörde an den Betreuten bezüglich Versicherung	367
5.16.7 Datenübermittlung von neu zuständiger Stammbehörde an die alte Stammbehörde ..	368

5.17 Erneute Registrierung nach Zuständigkeitswechsel	370
5.18 Widerruf der Registrierung	371
5.18.1 Widerrufsgründe	372
5.18.1.1 Verlust der Eignung und Zuverlässigkeit (§ 27 Abs. 1 Nr. 1 BtOG)	372
5.18.1.2 Regelausschlussgründe des § 23 Abs. 2 BtOG	373
5.18.1.3 Annahme von Zuwendungen	374
5.18.1.4 Verletzungen von Mitteilungspflichten nach § 25 BtOG	374
5.18.1.5 Verlust der Berufshaftpflichtversicherung	375
5.18.1.6 Unqualifizierte Betreuungsführung	376
5.18.1.7 Fehlender Sachkundenachweis des Vereinsbetreuers	377
5.18.1.8 Ausscheiden des Vereinsbetreuers aus dem Verein	378
5.18.1.9 Fehlender Sachkundenachweis bei Bestandsbetreuern	378
5.18.2 Anhörung	378
5.18.3 Widerrufsbescheid	379
5.18.3.1 Inhalt	379
5.18.3.2 Rechtsmittelbelehrung	379
5.18.3.3 Bekanntgabe	380
5.18.3.4 Sofortige Vollziehung	380
5.18.3.5 Auswirkung des Widerrufs	380
5.18.3.6 Rechtsmittel	381
5.19 Rücknahme der Registrierung	381
5.19.1 Gründe	381
5.19.2 Verfahrensgesichtspunkte	382
5.19.3 Rückwirkung der Rücknahme der Registrierung	382
5.19.4 Auswirkungen	383
5.19.5 Rechtsmittel	383
5.20 Sonstiger Wegfall der Registrierung	383
5.20.1 Löschung auf Antrag des Betreuers (§ 27 Abs. 3 BtOG)	383
5.20.2 Tod des Betreuers	384
5.21 Kosten der Registrierung	385
5.22 Aufbewahrungs- und Löschfristen	
(§ 15 BtRegV)	386
6 Betreuungsbehörde und Datenschutz	
6.1 Zum Grundproblem: Wer ist Betreuungsbehörde?	387
6.2 Aufgaben kommunaler Sozialdienste und Sozialdatenschutz	388
6.3 Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung der Betreuungsbehörde	390
6.3.1 Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	393
6.3.2 Einwilligung des Betroffenen	394

6.3.3	Direkterhebungsgebot	396
6.3.3.1	Direkterhebungsgebot und Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung	396
6.3.3.2	Ausnahmen vom Direkterhebungsgebot	397
6.3.3.3	Rechtsgrundlagen für Datenübermittlungen an die Betreuungsbehörde	399
6.3.3.4	Datenerhebung und Erforderlichkeitsgrundsatz	400
6.3.4	Datenübermittlung der Betreuungsbehörde	400
6.4	Informationspflichten nach Art. 13, 14 DS-GVO	402
6.4.1	Ausnahmen von den Informationspflichten	404
6.4.2	Erforderliche Organisationsaufgaben der Betreuungsbehörde	405
6.5	Betreuungsbehörden und digitale Verwaltung	406
6.6	Aktenführung und Aufbewahrungsfristen	408
6.6.1	Aktenführung in der Betreuungsbehörde	408
6.6.2	Aufbewahrungsfristen und Löschanspruch	409
6.7	Akteneinsicht und Auskunftsrechte	412
6.7.1	Auskunftsanspruch nach Art. 15 DS-GVO	412
6.7.2	Akteneinsichtsrechte	414
6.7.3	Auskunftsansprüche nach dem IFG	416
6.7.4	Erforderliche Organisationsaufgaben für Betreuungsbehörden	417
6.8	Delegation von Aufgaben der Betreuungsbehörden und Datenschutz	418
6.9	Benachrichtigungspflichten bei Datenschutzverletzungen	419
6.10	Beschwerdemöglichkeiten, Schadensersatz	421
7	Arbeitshilfen und Materialien	
7.1	Prioritätenliste Betreuerregistrierung	422
7.2	Leitfragen zum Eignungsgespräch für Berufsbetreuer im Registrierungsverfahren	424
7.3	Musterbescheid Registrierung	427
7.4	Stellenbeschreibung für Mitarbeiter/innen von Betreuungsbehörden	431
7.5	Orientierungshilfe Organisationsaufwand und Stellenbedarf	437
7.6	Empfehlungen zur Aufgabenwahrnehmung der Betreuungsbehörden	437
	Anhang – Rechtsgrundlagen	
1	Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG)	439
2	BtBG/BtOG – Synoptische Gegenüberstellung	451
3	Verordnung über die Registrierung von beruflichen Betreuern (Betreuerregistrierungsverordnung – BtRegV)	452
	Stichwortverzeichnis	461